

Europäisches Déjà-vu

Europa. Die jüngsten Turbulenzen in der Europäischen Union sind keinesfalls die erste existenzielle Herausforderung für die Staatengemeinschaft: Bereits 1959 stand die damalige Montanunion vor großen Problemen. Die Situation von einst eignet sich gut als Maßstab, um aktuelle Entwicklungen zu bewerten.

Eine schwere Wirtschaftskrise, hitzige Debatten um die Frage, welcher Mitgliedsstaat die Verträge gebrochen hat und die fatalistische Drohung, aus der Union auszutreten – seit ihrem Bestehen kennt die europäische Gemeinschaft solche Situ-

ationen. Allerdings konnte sie sich bislang immer wieder gestärkt aus ihnen herauswinden.

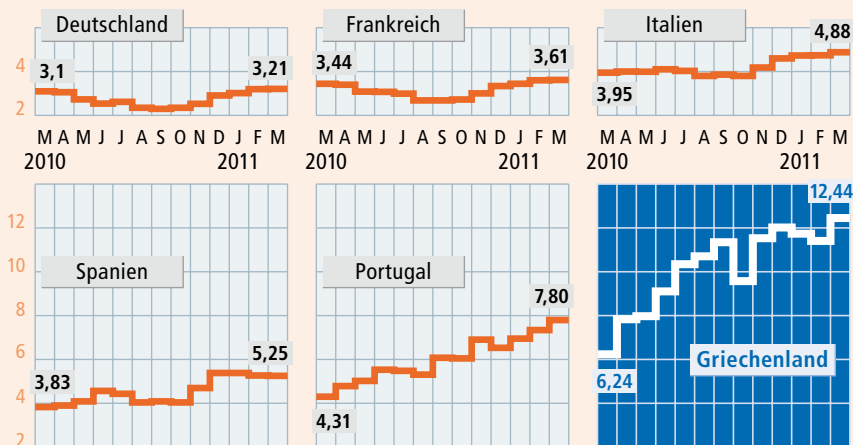
Dafür lohnt sich auch einmal ein etwas weiterer Blick zurück – auf die sogenannte belgische Kohlenbergbaukrise von 1959: Ende der 1950er

Jahre war die europäische Kohle gegenüber außereuropäischen Energiequellen nicht länger wettbewerbsfähig. Preiswertes Erdgas, Erdöl und auch Kohle, die in anderen Regionen der Welt abgebaut wurde, überschwemmten den Markt. Dies stellte die damalige Montanunion in Europa vor unbekannte Herausforderungen – schließlich war es eigentlich Ziel der Union, die Kohleproduktion zu steigern, nicht sie zu senken (Kasten Seite 2).

Auch aktuell besteht ein erheblicher Widerspruch zwischen den vereinbarten Zielen der EU und den realpolitischen Entwicklungen: Die Einführung der Gemeinschaftswährung senkte Transaktionskosten und Wechselkursrisiken, eine wirksame Kontrolle der staatlichen Defizite gelang jedoch nicht. Insbesondere die Staatsfinanzen der Griechen und anderer Südeuropäer veranlassten Investoren zur Kapitalflucht, und die Zinsen – vor allem die der griechischen Staatsanleihen – schossen in die Höhe (Grafik). Seit gut einem Jahr macht nun die griechische →

Zinsentwicklung: Griechenland nimmt Reißaus

Zinssätze für Staatsanleihen mit einer Laufzeit von zehn Jahren in Prozent



Quelle: Europäische Zentralbank

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien · iwd 20

In dieser Woche

Eurokrise: Im Rahmen des Zahlungssystems TARGET2 hat die Bundesbank Forderungen von mehr als 320 Milliarden Euro aufgehäuft. Seite 3

Schulbuchanalyse: Wirtschaftsthemen werden an allgemeinbildenden Schulen in der Regel nicht ausreichend behandelt. Seite 4-5

Rohstoffe: Seit Jahren werden Rohstoffe stetig teurer, wie der Industriemetallpreis-Index des IW Köln zeigt. Seite 6

Steuerschätzung: Der Staat nimmt dank guter Konjunktur bis 2014 voraussichtlich 135 Milliarden Euro mehr ein als bisher erwartet. Seite 7

Bremen: Am 22. Mai sind in Bremen Wahlen. Die neue Regierung wird sich um große wirtschaftliche Probleme kümmern müssen. Seite 8

Präsident: Dr. Eckart John von Freyend
Direktor: Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln



→ Malaise der Union zu schaffen. Und ein Ende der Krise ist noch nicht in Sicht.

Zwar hatten die europäischen Institutionen sowohl Ende der 1950er Jahre als auch Ende des vergangenen Jahrzehnts mit schwer vorhersehbaren äußeren Einflüssen zu kämpfen – seinerzeit eben ein Angebotschock und jüngst die weltweite Finanzkrise. Doch bedrohten in beiden Fällen die wirtschaftspolitischen Versäumnisse eines einzelnen Mitglieds die ganze Gemeinschaft:

– Vor einem halben Jahrhundert hieß der Schuldige Belgien. Der Bergbau des Beneluxstaates hatte es jahrelang versäumt, seine Produktion zu modernisieren.

– Im Frühjahr 2010 war es dann Griechenland, das den ganzen Euroraum in eine Krise stürzte. Denn erst zu diesem Zeitpunkt wurde öffentlich, was vielen EU-Beamten bereits bekannt war: Griechenland hatte seine Bilanzen getürkt, um in die Eurogruppe aufgenommen zu werden.

In beiden Fällen zeigte sich allerdings rasch, dass sowohl die Mon-

tanunion als auch die Währungsunion Schicksalsgemeinschaften waren beziehungsweise sind. Beiden Ereignissen folgten hitzige Debatten über den Fortbestand und die Daseinsberechtigung des Bündnisses.

Im Mai 1959 lehnten die Mitgliedsstaaten den gesamteuropäischen Krisenbewältigungsplan der „Hohen Behörde“ ab, weil sie überstürzte Regulierungen fürchteten. Alternativ einigten sie sich auf Einzelmaßnahmen, um den belgischen Kohlebergbau zu stützen.

Allerdings kam die Einigung damals keinesfalls wegen besonders großer Solidarität zustande. Vielmehr hatte der belgische Wirtschaftsminister gedroht, den heimischen Kohlemarkt von der Montanunion abzutrennen und ihm mit Subventionen wieder auf die Beine zu helfen. Das hätte freilich zu einer ernsthaften Existenzkrise der Gemeinschaft geführt (Grafik):

Trotz der sanierungsbedürftigen Anlagen machte der belgische Kohlebergbau 1958 rund 13 Prozent der gesamten Steinkohleförderung und die belgische Volkswirtschaft 7 Pro-

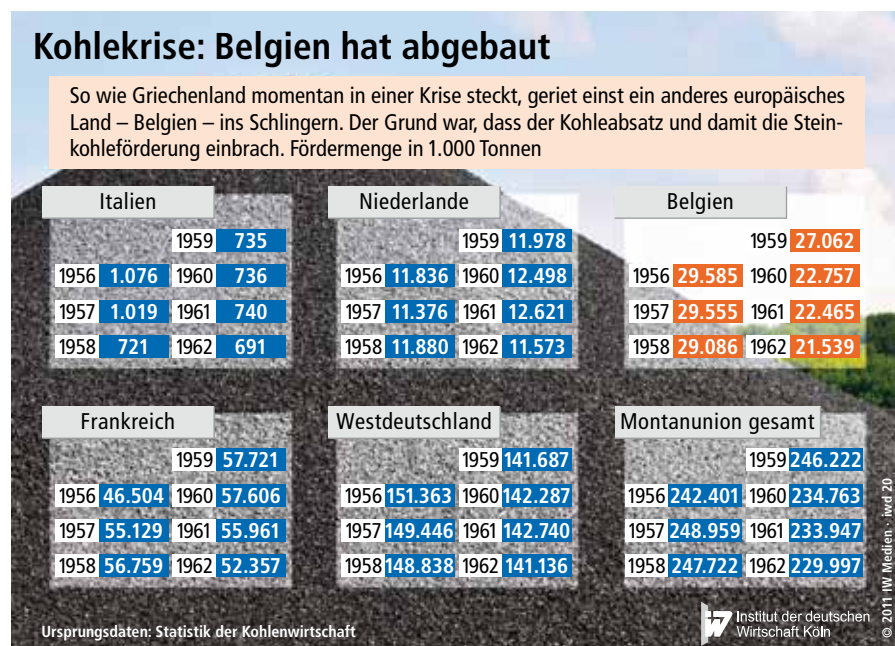
Montanunion

Die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) war der Vorläufer der Europäischen Gemeinschaft. Sie bildete eine Zollunion und erlaubte die gegenseitige Kontrolle der Kohle- und Stahlindustrie unter allen Mitgliedsstaaten – Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und den Niederlanden. Die gemeinsamen Regelungen für die Montanindustrie erarbeitete die sogenannte „Hohe Behörde“.

zent der Wirtschaftsleistung der Montanunion aus.

Ähnlich wie vor 50 Jahren in Belgien ist die Lage in der Währungsunion heute: Der Euro ist zu wichtig für die wirtschaftliche Stabilität, um ernsthaft über die Auflösung des Währungsverbunds nachzudenken. Die Gemeinschaft half Griechenland deshalb durch ein 110 Milliarden Euro schweres Rettungspaket und besonders niedrige Zinssätze. Und das, obwohl die Aktion nicht von den Verträgen gedeckt war: Die „No-Bailout Klausel“ des Maastrichter Vertrages untersagt es der Währungsunion eigentlich, einzelne Mitgliedsstaaten vor dem finanziellen Ruin zu retten.

Doch Vorwürfe, die europäischen Entscheider hätten im Falle Griechenlands inkonsequent gehandelt, übersehen, dass gerade staatenübergreifende Institutionen in Krisen flexibel und anpassungsfähig bleiben müssen und diese Flexibilität auch positive Folgen haben kann. Das hat schon die Kohlekrise von 1959 gelehrt. Mit Blick auf die aktuellen Turbulenzen im Euroraum ist daher der nächste erforderliche Schritt, dass die Finanz- und Wirtschaftspolitik der Mitgliedsstaaten noch stärker an gemeinschaftliche Regeln gebunden werden muss.



Das Zahlungssystem ist kein Problem

Eurokrise. Im Rahmen des europäischen Zahlungssystems TARGET2 hat die Bundesbank Forderungen von mehr als 320 Milliarden Euro aufgehäuft. Dahinter steckt jedoch keineswegs eine aktive Kreditvergabe der Bundesbank.

Zuletzt waren Behauptungen zu hören, die Deutsche Bundesbank würde den Euro-Krisenstaaten eigenmächtig – also ohne die dafür notwendige Kontrolle durch das Parlament – Kredite gewähren. Als Beleg dienen den Kritikern die gestiegenen Nettoforderungen der Bundesbank im Rahmen des europäischen Zahlungssystems TARGET2 (Kasten und Grafik):

Vor der Eurokrise bewegten sich die Forderungen der Bundesbank gegenüber dem europäischen Zentralbanksystem per saldo um die Nullmarke – inzwischen belaufen sie sich auf mehr als 320 Milliarden Euro.

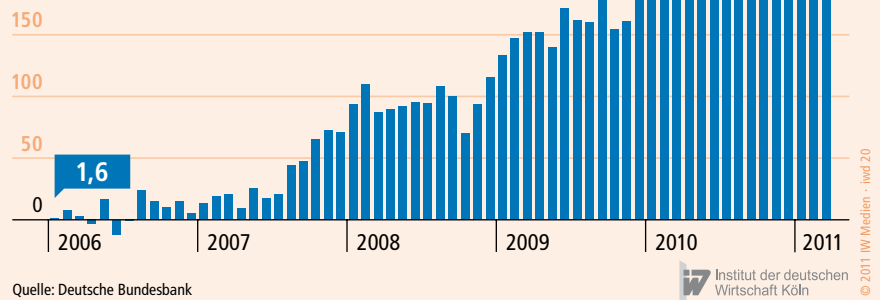
Dennoch ist die an diesen Zahlen entzündete Kritik an den Währungshütern in Frankfurt sachlich falsch: Im TARGET2-System erfüllt die Bundesbank die Aufgabe, innereuropäische Zahlungen abzuwickeln.

TARGET2

TARGET steht für Trans-European Automated Real-time Gross settlement Express Transfer und bezeichnet das System, mit dem die europäischen Zentralbanken seit 1999 Zahlungen innerhalb des Euroraums abwickeln. Seit 2007 wird das ausgebaut TARGET2 genutzt. Neben den Notenbanken der Eurozone sind auch die Zentralbanken von Dänemark, Litauen, Lettland und Polen an TARGET2 angeschlossen.

Deutsche Bundesbank: Auslandsforderungen stark gestiegen

Nettoforderungen bzw. -verbindlichkeiten (negative Werte) der Deutschen Bundesbank im Rahmen des europäischen Zahlungsverkehrssystems TARGET2 gegenüber anderen europäischen Zentralbanken in Milliarden Euro, jeweils zum Monatsende



Ein Beispiel verdeutlicht das: Angenommen, ein Grieche kauft ein Auto in Deutschland. Dann belastet die betreffende griechische Geschäftsbank das Konto ihres Kunden. Die entstandene Forderung gibt sie an die griechische Zentralbank weiter, die wiederum mit der Deutschen Bundesbank abrechnet – was sich als Forderung in der Bundesbankbilanz niederschlägt. Schließlich läuft der Posten weiter zur deutschen Geschäftsbank, die dann den fälligen Betrag auf das Konto des hiesigen Autoverkäufers überweist. Das Beispiel zeigt:

Die Zunahme der Forderungen der Bundesbank gegenüber anderen Euro-Notenbanken ist nicht mit einem vermehrten Geldfluss in die Krisenstaaten verbunden.

Deutschland fließt durch die Exportüberschüsse im Handel mit den Krisenländern sogar zunächst Geld zu. Im Gegenzug vergeben die hiesigen Banken üblicherweise Kredite an die Finanzinstitute im Ausland. Doch die Finanz- und Wirtschaftskrise hat das Vertrauen in die grie-

chischen, irischen und portugiesischen Banken gestört. Folglich räumten ihnen die deutschen Banken kaum noch Kredite ein, sodass die im Rahmen von TARGET2 verbuchten Forderungen nicht mehr – wie noch bis Mitte 2007 – durch einen entsprechenden privaten Nettokapitalexport ausgeglichen wurden.

In diese Lücke springt nun das europäische Notenbanksystem, indem den Banken in den Krisenstaaten die Finanzierung mit Zentralbankgeld ermöglicht wird.

Die Risiken für die Bundesbank, über die im Zusammenhang mit den Euro-Krisenstaaten debattiert wird, hängen also nicht ursächlich mit TARGET2 zusammen. Relevant ist stattdessen, dass die Europäische Zentralbank und die Notenbanken der Eurostaaten den Kreditinstituten in den Krisenländern zusätzliche Liquidität verschafft haben, um die dortige Wirtschaft zu stützen. Entscheidend wird nun sein, ob die Hilfs- und Reformprogramme wirken und die Banken das Geld am Ende zurückzahlen können.

Viele Wirtschaftsbereiche bleiben im

Schulbuchanalyse. Wirtschaftsthemen werden an allgemeinbildenden Schulen in der Regel weder ausreichend noch sachlich angemessen behandelt. Zu diesem Ergebnis kommt eine Analyse des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW), die 155 Schulbücher und 55 Lehrpläne gesellschaftswissenschaftlicher Fächer aus allen Bundesländern unter die Lupe genommen hat. *)

Die Schule ist der erste Ort, an dem ökonomische Bildung systematisch vermittelt werden müsste. Doch die meisten Lehrpläne und Schulbücher sind für diese Aufgabe überhaupt nicht geeignet, wie die IW-Schulbuchanalyse zeigt:

Den Unterrichtsmaterialien zur ökonomischen Bildung, die an den Schulen in Deutschland zum Einsatz kommen, liegt ein zu eng begrenztes Wirtschaftsbild zugrunde.

Das liegt vor allem daran, dass einzelne Themenbereiche und Per-

spektiven im Schulalltag dominieren, während andere ausgeblendet bleiben (Grafik Seite 5): Allgegenwärtig sind beispielsweise die Themen Strukturwandel, Verteilungsgerechtigkeit und Arbeitslosigkeit – sie kommen in vier von fünf Schulbüchern vor.

Diese Phänomene repräsentieren allerdings Szenarien, die einen marktkritischen, ja mitunter sogar marktpessimistischen Blick auf die Wirtschaft werfen, was das Misstrauen in Unternehmen fördert und eine

sachliche ökonomische Sicht der Dinge erschwert.

Ein Beispiel ist die Erklärung des Strukturwandels: Die meisten Schulbücher stellen ihn als einen Prozess dar, der mit technischen Innovationen einhergeht, die an die Arbeitnehmer gänzlich neue Anforderungen stellen und schlimmstenfalls sogar Jobs kosten. Die Perspektive des Firmenchefs aber, der sich dem Strukturwandel aus rationalen und plausiblen Gründen stellen muss, wird komplett ausgespart. Auch den innovativen und risikobereiten Unternehmer, der mit neuen Geschäftsmodellen und -ideen zusätzliche Arbeitsplätze schafft und die wirtschaftliche Entwicklung fördert, sucht man in den Büchern vergebens.

+ Interview +++ Interview +++ Interview +++ Interview +++ Interview +++ Interview



„Man könnte schon in der Grundschule mit Wirtschaft anfangen“

Hans Kaminski, Professor am Institut für Ökonomische Bildung in Oldenburg, plädiert schon seit langem für ein Schulfach Wirtschaft. Allerdings gibt es noch einige Hürden.

Warum sollen Schüler Wirtschaftswissen pauken? Sind Kunst und Philosophie – Bereiche, mit denen manche Kinder sonst vielleicht nie in Kontakt kämen – nicht wichtiger?

Das eine schließt das andere ja nicht aus. Doch gerade weil aus Kindern auch ganz schnell Konsumenten werden, ist es wichtig, sie mit den Strukturen und Prozessen des Wirtschaftslebens vertraut zu machen. Idealerweise wird ein Jugendlicher, der verstanden hat, welche Rechte und Pflichten sich beispielsweise aus einem Handyvertrag ergeben, weniger leichtsinnig einen Vertrag unterschreiben. *Und ab welchem Alter und in welchem Umfang sollte es Wirtschaftsunterricht geben?*

Schon in der Grundschule könnte man damit anfangen, etwa im Rahmen des Sachunterrichts. Verpflichtend sollte

der Wirtschaftsunterricht dann spätestens ab der siebten Klasse sein, mit zwei Unterrichtsstunden pro Woche.

Wo sollen die Lehrkräfte dafür herkommen?

Das ist eines der größten Probleme: Es fehlen die entsprechenden Lehramtsstudiengänge! Es reicht nämlich nicht, Wirtschaftswissenschaften zu studieren und anschließend ohne eine didaktische Ausbildung zu unterrichten. Die Uni Oldenburg ist die einzige, die einen eigenständigen Bachelor- und Masterstudiengang in ökonomischer Bildung anbietet. *Beklagt wird auch die Qualität der Schulbücher, die sich mit wirtschaftlichen Inhalten beschäftigen ...*

In einem föderalen Bildungssystem bestimmen die Länder die Lehrpläne. Selbst wenn sie schlecht sind, müssen sich Schulbücher daran halten. Ein Verlag, der das nicht tut, riskiert, dass sogar gute Bücher nicht zugelassen werden.

Dunkeln

In den Fällen, wo das Unternehmertum doch einmal behandelt wird, ist die Beschreibung oft nicht sachlich oder vorurteilsfrei. So ordnet die Schullektüre unternehmerisches Handeln vielfach in die Darstellung von Gruppeninteressen ein, in der sich Arbeitgeber und Gewerkschaften gegenüberstehen. Aspekte der unternehmerischen Verantwortung und der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit von Unternehmen, die ja schließlich Voraussetzung für lohnpolitische Gestaltungsspielräume sind, werden hingegen nur selten aufgegriffen.

Doch nicht nur das Unternehmertum bleibt in den meisten Schulbüchern eine große Unbekannte. Auch viele andere ökonomische Bereiche tauchen kaum bis gar nicht auf:

Der Großteil des Lektürekannons geht nicht in der notwendigen Tiefe auf Themen des Arbeitsmarkts – beispielsweise den Kündigungsschutz oder das Arbeitsrecht – ein. Auch so naheliegende Inhalte wie der eigenverantwortliche Umgang mit Geld bleiben meist außen vor.

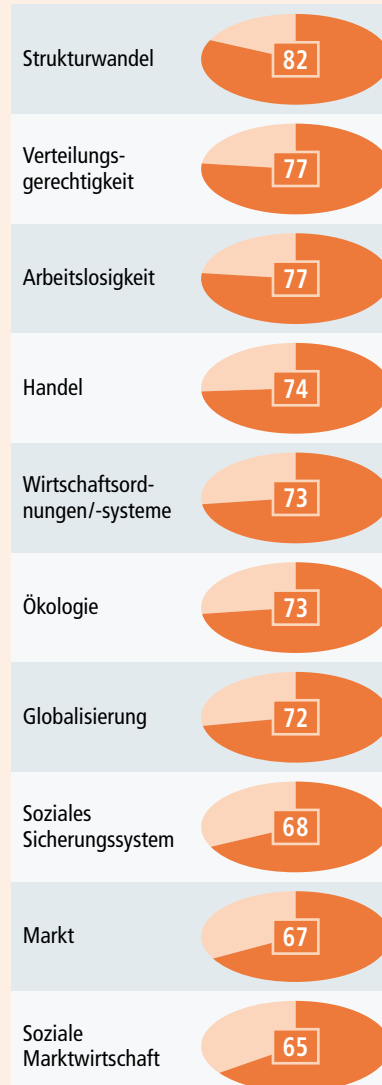
Bei einem nicht unerheblichen Teil der untersuchten Schulbücher sind zudem handwerkliche Mängel zu beklagen: So finden sich selbst in neu gedruckten Büchern statistische Angaben aus dem vergangenen Jahrhundert. Vielfach sind auch keine Register oder Glossare vorhanden, die das eigenständige Lernen erleichtern würden.

Die Defizite der ökonomischen Schulbildung lassen sich allerdings sicher nicht allein mit besseren und thematisch breiter angelegten Schulbüchern beheben. Nötig ist neben

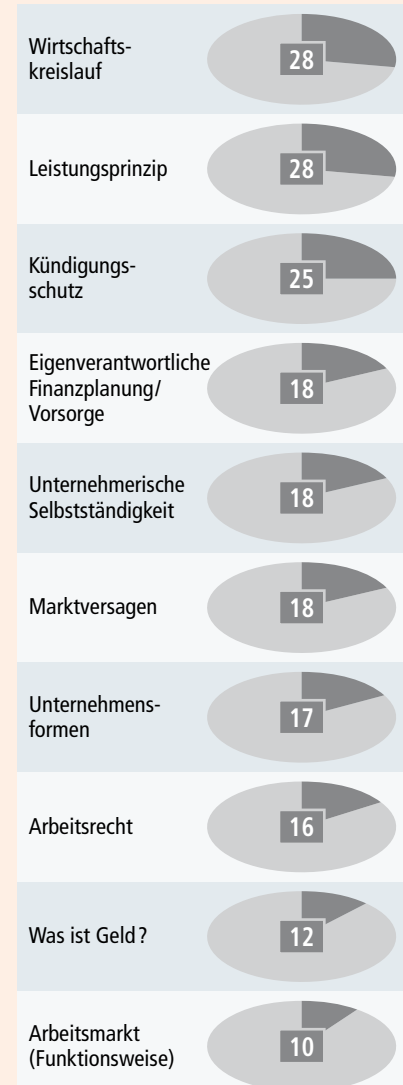
Wirtschaft in der Schule: Ökonomischer Flickenteppich

In so viel Prozent der Schulbücher kommen diese ökonomischen Themen vor

am häufigsten



am wenigsten



Schulbücher: Auswahl von 155 Schulbüchern, die für gesellschaftswissenschaftliche Fächer in der Sekundarstufe I und II zugelassen sind; Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln

iw Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 iw Medien - Iwd 20

einer angemessenen Vorbereitung der angehenden Lehrkräfte – z. B. durch ein entsprechendes Lehrangebot der Didaktik der Wirtschaftswissenschaften in der Lehrerbildung – die Entwicklung eines verbindlichen Lehrplans für ökonomische

Bildung. Diesem sollte – zumindest mittelfristig – auch ein eigenständiges Schulfach „Wirtschaft“ folgen.

*) Helmut E. Klein: Unternehmer und Soziale Marktwirtschaft in Lehrplan und Schulbuch. Der Beitrag gesellschaftswissenschaftlicher Fächer zur ökonomischen Bildung, Bundesarbeitsgemeinschaft SCHULEWIRTSCHAFT, Köln 2011, www.schulewirtschaft.de

Kostenrisiko für deutsche Betriebe

Rohstoffpreise. Ob Gold, Silber, Kupfer oder Eisenerz: Rohstoffe werden seit Jahren stetig teurer, wie der Industriemetallpreis-Index (IMP-Index) des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) zeigt. *)

Auch wenn es in den vergangenen Wochen mit den Rohstoffpreisen abwärts ging, ist das eher die Ausnahme: In der Vergangenheit blieben sie entweder lange stabil – oder sie stiegen kräftig an. Besonders Gold und Silber gewannen in Krisenzeiten enorm an Wert, gelten sie doch als sicherer Hafen für Sparanlagen:

Im ersten Quartal 2011 kostete Gold 40-mal so viel wie 1960, Silber und Eisenerz waren jeweils rund 20-mal so teuer wie vor fünf Jahrzehnten.

Auch die Preise für Aluminium, Kupfer, Blei, Nickel, Zinn und Zink sind geklettert: Anfang vergangenen Jahres waren sie fünf- bis zehnmal so hoch wie 1960. Um die Preissteigerungen der zurückliegenden Dekaden darzustellen, hat das IW Köln einen Industriemetallpreis-Index (IMP-Index) entwickelt. Er erfasst

die monatlichen Preise der mengen- und kostenmäßig wichtigsten Industriemetalle, die nach Deutschland importiert werden (Grafik).

Im Zeitraum 1999 bis Anfang 2008 verteuerten sich die nach Deutschland gelieferten Industriemetalle demnach um mehr als 250 Prozent.

Danach halbierten sie sich bis zum Jahreswechsel 2008/2009 zwar wieder, doch im Februar 2011 erreichte der IMP-Index einen neuen Höchststand.

Gegenüber den Rekordwerten der Boomjahre 2007 und 2008 ist das Preisniveau somit trotz der zwischenzeitlichen globalen Wirtschaftskrise um fast ein Fünftel gestiegen. Verantwortlich dafür sind die hohen Preise für das Indexschwergewicht Kupfer, ebenso die Verteuerung von Eisenerz sowie der Anstieg des Goldpreises. Nur der stabile Aluminiumpreis hat aufgrund seines hohen Anteils einen noch größeren Höhenflug des IMP-Indexes verhindert.

Die steigenden Rohstoffkosten schlagen sich nicht nur in einer hö-

heren finanziellen Belastung der Unternehmen nieder. Auch die gesamtwirtschaftliche Rohstoffrechnung ist an die Preise gekoppelt, denn sie enthält die Importwerte der betrachteten Rohstoffe. Sollte sich der Trend der vergangenen zehn Jahre fortsetzen, würde das im Jahr 2015 doppelt so hohe Preise für Kupfer, Gold und Eisenerz bedeuten. Zwar dürfte die Menge der im Ausland gekauften Rohstoffe leicht sinken, dennoch ergibt sich in der Summe eine Kostensteigerung um gut 71 Prozent.

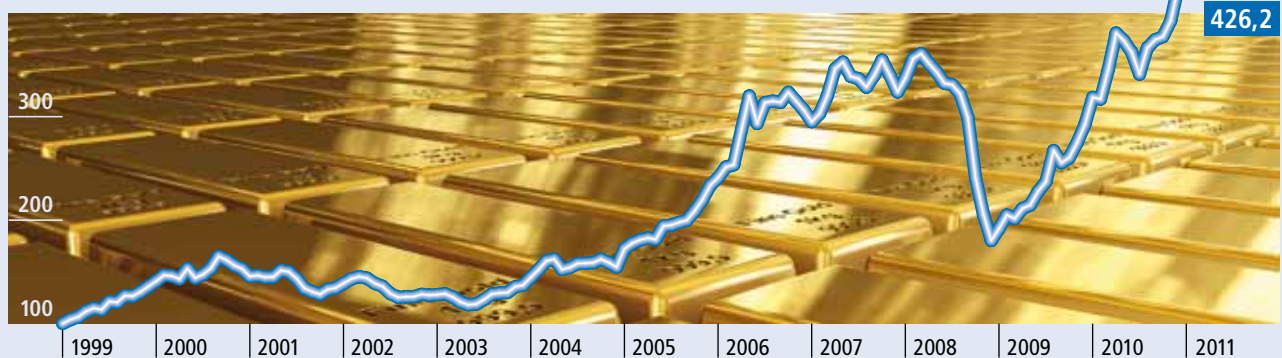
Die Ausgaben der deutschen Wirtschaft für die notwendigen Importe werden demnach von zuletzt knapp 22,6 Milliarden Euro auf 38,6 Milliarden Euro im Jahr 2015 ansteigen.

Diese Aussichten sorgen für Unruhe: Drei Viertel der vom IW Köln befragten Umweltexperten der Wirtschaft sehen steigende Rohstoffpreise als ein wesentliches Risiko für Betriebe an. Und selbst ein extremes Auf und Ab wäre für fast zwei Drittel der Firmen gefährlich.

Vgl. Hubertus Bardt: Rohstoffpreise – Entwicklung und Bedeutung für die deutsche Wirtschaft, in IW-Trends 2/2011

Rohstoffe: Teure Metalle

Industriemetallpreis-Index, Januar 1999 = 100



berücksichtigte Metalle: Aluminium, Kupfer, Gold, Eisenerz, Blei, Nickel, Silber, Zinn, Zink
Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln

IW Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Die Staatskasse füllt sich wieder

Steuerschätzung. Der Staat nimmt bis 2014 voraussichtlich 135 Milliarden Euro mehr ein als bisher erwartet. Die gute Konjunktur beschert dem Fiskus bereits in diesem Haushaltsjahr Mehreinnahmen von insgesamt 17,6 Milliarden Euro. Die Diskussion, was mit den zusätzlichen Einnahmen geschehen soll, ist daher schon in vollem Gange.

Der Löwenanteil der erwarteten Steuermehreinnahmen resultiert aus der positiven Wirtschaftsentwicklung. Nach einer Faustformel bringt 1 Prozent zusätzliches nominales Wachstum dem Fiskus Mehreinnahmen von 5 bis 6 Milliarden Euro.

Laut der Steuerschätzer gehen rund 90 Prozent oder 121 Milliarden Euro der bis 2014 veranschlagten Steuermehreinnahmen auf den Konjunkturaufschwung zurück. Lediglich der kleine Rest ist Steuerrechtsänderungen geschuldet.

Zusätzlich Kasse macht der Staat bei allen Steuerarten:

Einkommenssteuer. Sie steigt zwischen 2011 und 2015 um 50,5 Milliarden Euro beziehungsweise 31 Prozent auf 213 Milliarden Euro. Die Steuerschätzer unterstellen dabei, dass sich die Beschäftigtenzahlen aufgrund der guten wirtschaftlichen Lage weiter erhöhen.

Gewerbsteuer. Die positive Entwicklung der Unternehmensgewinne beschert den Kommunen ein sattes Einnahmeplus von 10 Milliarden Euro oder 26 Prozent. Weil diese Steuer eine der Haupteinnahmequellen der Kämmerer ist, wird sich die Finanzsituation der Städte und Gemeinden spürbar bessern.

Steuerschätzung: Die Einnahmen sprudeln

Steuereinnahmen in Milliarden Euro

	Ist 2010	Schätzung					Zuwachs 2015 gegenüber 2011	
		2011	2012	2013	2014	2015		in Prozent
Bund	225,8	237,3	247,2	255,3	264,9	274,4	+37,1	+15,6
Länder	210,1	217,3	228,7	238,3	246,5	254,8	+37,5	+17,3
Gemeinden	70,4	73,7	79,1	83,7	87,4	91,0	+17,3	+23,4
EU	24,4	26,6	29,6	31,3	31,8	32,2	+5,6	+21,1
Steuereinnahmen insgesamt	530,6	555,0	584,6	608,7	630,5	652,3	+97,3	+17,5

Quelle: Bundesfinanzministerium

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - IwD 20

Geht die Rechnung der Steuerschätzer auf, so können die Gemeinden in den kommenden Jahren sogar mit neuen Aufkommensrekorden rechnen (Grafik). Deshalb werden die Kommunen einer Abschaffung der Gewerbesteuer, wie sie Experten empfehlen, kaum zustimmen. Die Bürgermeister vergessen dabei aber, dass die Steuer wieder sinkt, sobald sich die Konjunktur abkühlt.

Umsatzsteuer. Ihr Aufkommen steigt von 187,5 Milliarden Euro im Jahr 2011 auf knapp 208 Milliarden Euro im Jahr 2015. Hier profitiert

der Fiskus nicht ausschließlich von der besseren Konsumlaune der Verbraucher, sondern auch von der Inflation.

Obwohl weniger Energie verbraucht wird, sorgen steigende Preise bei Strom und Benzin für zusätzliche Umsatzsteuereinnahmen. Allein die Einnahmen aus der Energiesteuer sinken vermutlich um 450 Milliarden Euro zwischen 2011 und 2015.

Kasse macht bekanntlich sinnlich und so ist es nicht überraschend, dass trotz Konsolidierungsdruck die Diskussion über Steuersenkungen neue Nahrung erhalten hat. Zumal hat die OECD gerade bestätigt hat, dass die Bundesrepublik nach wie vor ein Hochsteuerland ist.

Wenn auch der Schuldenabbau weiterhin Vorrang hat, ergeben sich gleichwohl Spielräume für überfällige Korrekturen im Steuersystem. So sollten die Steuermehreinnahmen, die aus der „kalten Progression“ resultieren, den Bürgern zurückgegeben werden (Kasten). Hierfür sind nur rund 2 bis 3 Milliarden Euro pro Jahr anzusetzen.

Kalte Progression

Weil das Steuersystem die Inflation nicht berücksichtigt, steigt mit jeder nominalen Erhöhung des Bruttolohns auch die Einkommenssteuer, und zwar stärker als das Einkommen selbst. Dieser Effekt – kalte Progression genannt – sorgt dafür, dass der Warenkorb, den man sich mit seinem Gehalt leisten kann, auch dann von Jahr zu Jahr etwas kleiner wird, wenn das Gehaltsplus die allgemeine Teuerung ausgleicht.

Wenig Dynamik an der Weser

Bremen. Am 22. Mai wählen die Bremer eine neue Bürgerschaft. Die künftige Regierung wird sich um gravierende wirtschaftliche Probleme kümmern müssen – allen voran die hohe Arbeitslosigkeit und eine drückende Verschuldung. Generell fehlt es dem Bundesland an Dynamik.

Die aktuellen Wirtschaftsdaten Bremens sind wenig erfreulich – im April 2011 war die Arbeitslosenquote mit 11,8 Prozent die höchste in Westdeutschland. Die Finanzlage ist ebenso dramatisch – Ende 2010 stand der Stadtstaat mit 17,6 Milliarden Euro in der Kreide. Damit lasteten auf jedem Bremer Einwohner rein rechnerisch Schulden von 26.640 Euro – weit mehr als in allen anderen Bundesländern.

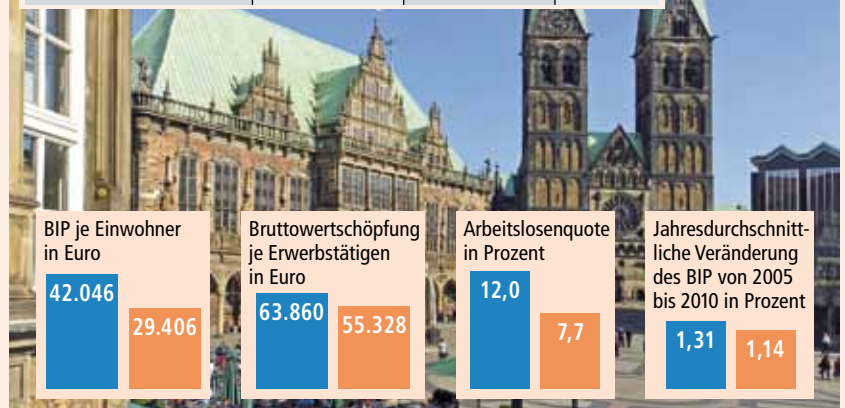
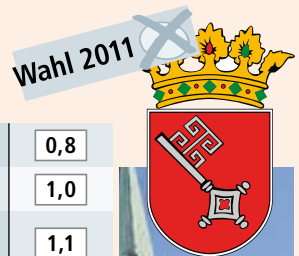
Diese schlechten Werte hängen unter anderem mit der geringen wirtschaftlichen Dynamik zusammen. Zwar hat Bremen die Weltwirtschaftskrise relativ gut verkraftet:

Bremen: Viele Arbeitslose

2010 ■ Bremen ■ Deutschland

□ Anteil Bremens an Deutschland in Prozent

Einwohner in 1.000	660	81.751	0,8
Erwerbstätige in 1.000	389	40.483	1,0
Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Milliarden Euro	27,7	2.498,8	1,1



Quellen: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder (VGR), Bundesagentur für Arbeit

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - iw20

Im Krisenjahr 2009 schrumpfte die Wirtschaft im Zwei-Städte-Staat um 3,3 Prozent – in Deutschland insgesamt waren es 4,7 Prozent.

Das Wachstum im Aufschwungjahr 2010 blieb in Bremen mit 2,8 Prozent jedoch unterdurchschnittlich; deutschlandweit legte das Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 3,6 Prozent zu.

Dabei ist die wirtschaftliche Basis der Wesermetropole recht stark. Mit einem BIP von 42.000 Euro je Einwohner ist die Wirtschaftskraft um die Hälfte höher als diejenige Berlins (Grafik). Im Länderranking müs-

sen sich die Bremer hier nur den Hamburgern geschlagen geben. Dahinter steckt auch, dass Bremen für eine Großstadt über relativ viel Industrie verfügt:

Der Anteil des Verarbeitenden Gewerbes an der gesamten Wertschöpfung lag 2010 bei gut 19 Prozent.

Stark vertreten ist die Luft- und Raumfahrtindustrie: Airbus lässt in seinem zweitgrößten deutschen Werk Landeklappen für mehrere Modelle sowie Rumpffsegmente des Frachtfliegers A400 herstellen. Immer bedeutsamer wird die Windkraftindustrie mit Areva Wind und Repower.

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein
Stellvertreterin: Brigitte Lausch
Redaktion: Alexander Weber (verantwortlich), Jork Herrmann, Sylvia Miskowicz, Berit Schmiedendorf
Redaktion Berlin: Klaus Schäfer
Redaktionsassistentin: Angelika Goldenberg
Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen
Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iw@iwkoeln.de

Erscheinungsweise wöchentlich
Bezugspreis: € 8,30/Monat, zzgl. € 3,01
Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer
Aboservice: 0221 4981-443,
hartmann@iwkoeln.de
Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft
Köln Medien GmbH,
Postfach 10 18 63, 50458 Köln,
Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln,
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

Druck: Bercker Graphischer Betrieb
GmbH & Co. KG, Kevelaer

Dem iwD wird einmal monatlich
(außer Januar und Dezember)
„Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter:
www.pressemonitor.de

iW.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.